

# FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

## Vier Fragen zur tschechischen Ratspräsidentschaft

Vier Antworten von Dr. Erfried Adam, Direktor der Friedrich-Ebert-Stiftung Prag



### **Was bedeutet die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft für die Tschechische Republik?**

Für jeden EU Mitgliedsstaat ist die EU-Ratspräsidentschaft eine Herausforderung; dies gilt besonders für kleinere Länder und wiederum besonders für die neuen Mitgliedsstaaten mit geringeren politisch-administrativen Ressourcen und Erfahrungen. Administrativ-technisch ist die tschechische Regierung bestens auf die Präsidentschaft vorbereitet.

Politisch stellt sich die Situation anders dar:

- Instabilität der Regierung

Die Regierungskoalition aus Bürgerpartei (ODS), Christdemokraten (KDU-CSL) und Grünen (SZ) kam im Januar 2007 nur durch zwei Überläufer aus der Sozialdemokratie (CSSD) zustande; ihre knappe Mehrheit ist inzwischen auf 96 Mandate geschrumpft gegenüber 97 der Opposition aus Sozialdemokraten (CSSD) und Kommunisten (KSCM); sieben Abgeordnete (2 vormalig ODS, 3 CSSD und 2 Grüne) stimmen als „Unabhängige“ mit einer gewissen „Flexibilität“.

Es ist der Regierung nicht gelungen, eine einhellige und eindeutige Position in der Europapolitik abzustimmen und zu formulieren. Die ODS ist hier gespalten: ein Flügel stellt sich unter dem Einfluss von Staatspräsident **Václav Klaus** gegen Ministerpräsident **Mirek Topolánek** und bleibt unkalkulierbar, auch nachdem **Topolánek** deutlich gegenüber seinem Rivalen, dem Prager Oberbürgermeister **Bém** als Parteivorsitzender auf dem Parteikongress am 6. Dezember bestätigt wurde. Der Ehrenvorsitzende **Klaus** erklärte dort seinen Austritt aus der Partei.

Die Koalitionsparteien KDU-CSL und Grünen sind Europa-freundlich orientiert, bewegen sich aber in Meinungsbefragungen um die 5 % Klausel und sind damit an Machterhalt und nicht Konflikt oder Neuwahl interessiert. **Topolánek** bekannte sich zu dem Programm einer „liberal-konservativen, Mitte-Rechts Partei“, mit starker transatlantischer Orientierung und einer aktiven Rolle gegenüber der EU – er sprach sich gleichzeitig aber dafür aus, die ODS nach den Europawahlen im Juni 2009 im Europaparlament in ein neues, eher Europa-skeptisches rechtes Parteienbündnis zu führen, das „Realismus“ und „Patriotismus“ verbinden soll.

- Unklare Kompetenzverteilung

Vor diesem politischen Hintergrund und angesichts der ohnehin begrenzten administrativ-personellen Kapazitäten liegt in der Kompetenzaufteilung der Europapolitik ein Risiko: Die zentrale Verantwortung liegt im Regierungsamt des Ministerpräsidenten, beim Vize-Premierminister für Europäische Angelegenheiten, **Alexandr Vondra** (ODS). Außenminister **Karel Schwarzenberg** (nominiert von den Grünen) vertritt eine eindeutig pro-europäische Position. Das Außenministerium wird die EU auf den internationalen und multilateralen Ebenen für die Dauer der Präsidentschaft vertreten. Außenminister **Schwarzenberg** wird während der Präsidentschaft als „europäisches Gesicht“ in Erscheinung treten und auf der diplomatischen Ebene seinen Beitrag leisten, aber es ist unklar, inwieweit er in die Ausformulierung der Europapolitik eingebunden ist. Ministerpräsident **Topolánek** sucht im Kreise der Regierungschefs eine verbindliche und kooperative Rolle, aber bisher treten eindeutige Ziele und Positionen einer Europapolitik nicht in Erscheinung, die sich mit seinem Namen verbinden könnten. Nur begrenzt hat er den Schatten von Präsident **Václav Klaus** verlassen können und bleibt dessen Störmanövern ausgesetzt.

- Der „Schatten“ der „Prager Burg“

Mit dem Begriff „Euroskeptiker“ ist die Position des Präsidenten **Václav Klaus** nur unzureichend erfasst. Er selbst hat sich als „Europa Dissident“ bezeichnet, aber gleichzeitig betont, es gebe zur Europäischen Union keine Alternative, aber „Hunderte von Alterna-

tiven zu den Formen und Methoden der europäischen Integration“ und damit deutlich gemacht, dass er sich ein völlig anderes Europa vorstellt: Eine liberale Wirtschaftszone souveräner Nationalstaaten mit sehr begrenzter Integration und Kompetenzübertragung nach Brüssel. Auch nach dem eindeutigen Urteil (15:0) des Verfassungsgerichtes lehnt der Präsident den „Lissabon Vertrag“ ab als „Gefahr für die staatliche Existenz und Souveränität“ der Tschechischen Republik und zieht Parallelen zu dem „Diktat von München 1938“. Seine ideologisch radikal-liberalen Positionen, seine Attacken gegen einen Premierminister, den er nicht verhindern konnte und seine tiefe Abneigung gegenüber „Brüsseler Bürokraten“ unter dem Diktat der „Großen Vier“ (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien) wird zunehmend als selbstgerecht, narzisstisch oder egomanisch empfunden und die große Wertschätzung, die Amt und Person in der Öffentlichkeit genießen, beginnt zu bröckeln: Er wird zu einer tragischen Figur, die das eigene politische Lebenswerk gefährdet und den Interessen des Landes schadet.

- Europa in der Sicht der Bevölkerung

Der Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union zum 1. Mai 2004 hatte in einem Referendum 77 % Zustimmung erhalten und die positive Bewertung der Mitgliedschaft übersteigt auch im fünften Jahr mit 48 % deutlich die der Skeptiker mit 36 % (Eurobarometer). Aber nach neueren Meinungsbefragungen sind 75% uninteressiert an der EU Präsidentschaft, 80 % am „Lissabon Vertrag“ und nur 28 % sind interessiert an den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Interessanterweise ist die Wählerschaft der EU-kritischen ODS mehrheitlich pro-europäisch, während hinter einer pro-europäischen Führung der Sozialdemokraten (CSSD) eine eher euroskeptische Wählerschaft steht, die mit Europa verschärften Marktwettbewerb und Sozialabbau verbindet.

- Im Sumpf der Innenpolitik

Tagtäglich wird darüber spekuliert, ob die Regierung **Topolánek** überleben und die Präsidentschaft führen kann. Bei den Bezirks- und Senatswahlen Mitte Oktober wurde die Regierung und alle Regierungsparteien massiv abgestraft, in allen 13 Bezirken übernahmen Sozialdemokraten die Macht, die bisher auf dieser Ebene überhaupt nicht vertreten waren. Die Regierung konnte bei der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses am 19. Dezember keine Mehrheit für eine Verlängerung der Auslandseinsätze des Militärs finden und einen Antrag der Opposition zur völligen Abschaffung der Gesundheitsgebühren nicht abwehren. Nach letzten Meinungsbefragungen könnten die Sozialdemokraten bei Parlamentswahlen 44.5 % erzielen, gegenüber 27 % für die ODS, 14 % für die Kommunisten und jeweils 6 % für die Koalitionspartner Christdemokraten und Grüne. Nach dem wiederholten Scheitern von Verhandlungen zwischen **Topolánek** und dem CSSD-Vorsitzenden **Paroubek** über ein Tolerierungsabkommen während der Präsidentschaft, durch das zumindest eine „Pairing“ – der Stimmenaustausch bei EU-bedingter Abwesenheit von Ministern – erreicht werden sollte, wird ein erneuter Misstrauensantrag wahrscheinlicher, nachdem zwei „ODS-Rebellen“ eine mögliche Unterstützung nicht ausschlossen – diese wird von der Position des Präsidenten **Klaus** abhängig gemacht. Nach Spekulationen könnte der Präsident durch die Übertragung des Premierministeramtes an einen ehemals ranghohen Sozialdemokraten zusätzlich deren Führung massiv treffen. Die CSSD verlangt für ein Stillhalteabkommen die baldige Ratifizierung des „Lissabon-Vertrages“ (ein Abstimmungskompromiss zugunsten des Radar-Vertrages wird abgelehnt), eine klare Zeitperspektive für die Einführung des EURO, regelmäßige Konsultationen während der Präsidentschaft und einen Neuwahltermin bereits im Okto-

ber 2009. Die kleineren Koalitionsparteien am Rande der 5 % Klausel haben dies bereits zurückgewiesen und auch in der ODS dürfte die Neigung gering sein, sich so bald ins politische Abseits zu begeben.

### **Was sind die wichtigsten Schwerpunkte dieser Ratspräsidentschaft im Zeichen der Wirtschaftskrise und der Europawahlen?**

Die Regierung hat die Präsidentschaft unter das Motto „Europa ohne Barrieren“ gestellt und damit im Kern auf weitere Liberalisierungsperspektiven für die Wirtschaft hin orientiert. Insbesondere die freie Mobilität für Arbeitskräfte, die derzeit noch von Deutschland und Österreich den neuen Mitgliedsstaaten bis April 2011 verweigert wird, ist aus tschechischer Sicht ein (nachvollziehbares) Ärgernis. Das detaillierte Programm wurde am 5. Januar veröffentlicht.

Schlagwortartig stellt es die Präsidentschaft unter drei „E’s“: „Economy, Energy, Europe in the World“. Wirtschaftspolitisch sollen die „Lissabon Strategie“ zur Stärkung der Wettbewerbsposition sowie die Energiepolitik (primär wegen der geostrategischen Abhängigkeit von Russland) ins Zentrum gestellt werden. Während nach Auffassung des Vizepräsidenten der EU Kommission, **Verheugen**, die Bewältigung der Wirtschaftskrise als „größte Aufgabe der Tschechischen Präsidentschaft“ hervorgehoben wird, zeigte die Regierung bisher hier eine große Zurückhaltung, die nicht zuletzt von ihrer wirtschaftsliberalen Grundhaltung bestimmt ist. Danach steht die EU in der Gefahr, zu stark in die Regeln des freien Marktes einzugreifen, durch die absoluten Garantien für Spareinlagen den Wettbewerb zu verzerren und durch die Konjunkturprogramme den Stabilitätspakt zu brechen. Präsident **Václav Klaus** verglich die globale Finanzkrise mit einer „Grippe“, deren Heilung „eine Woche dauert, wenn man zum Arzt geht, und sieben Tage, wenn man nichts tut“; nach seiner Meinung liegt die Lösung der gegenwärtigen Situation im Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Tschechien war von der Finanzkrise weniger und eher indirekt, über Risiken bei den ausländischen Muttergesellschaften der Banken, betroffen, leidet aber jetzt in ähnlicher Weise wie Deutschland unter dem Wirtschaftseinbruch, insbesondere im Export- und Automobilsektor und bei den Zulieferern. Eine eigene tschechische Initiative zur Bewältigung der Wirtschaftskrise auf EU Ebene ist nicht in Sicht und als Nichtmitglied der EURO-Zone bleibt Tschechien von einer zentralen Koordinationsebene ausgeschlossen. Die aus der französischen Präsidentschaft lancierten Vorstellungen, dass **Sarkozy** am Rande der EU-Gipfel weiterhin regelmäßige Treffen der Eurozone auf höchster Ebene abhalten könnte, wird als kontraproduktiv und spalterisch abgelehnt. Europaminister **Vondra** betont, dass „Flexibilität“ von größter Bedeutung sei und die Tschechische Republik als „konstruktiver und selbstbewusster Moderator“ auftreten werde.

Mehr Initiative zeigt die Regierung in der Außenpolitik, obgleich die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ und die entsprechenden Fortschritte des „Lissabon Vertrages“ als Verlust an Souveränität bewertet werden. Betont wird die transatlantische Beziehung zu dem „strategischen Alliierten“ USA. Besondere Aufmerksamkeit soll daneben dem Verhalten „eines anderen Hauptpartners“ zukommen, der Russischen Föderation; hier soll während der Präsidentschaft der Dialog und die Verhandlungen für ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen fortgeführt werden. Eine stabile und voraussehbare Energieversorgung gilt als zentrales Anliegen der tschechischen Präsidentschaft in den Beziehungen zu Russland und der „Östlichen Partnerschaft“. Tschechien will die (von Polen und Schweden initiierte) „Eastern Partnership“ vorantreiben, ist an Fortschritten in den Beitrittsverhandlungen Kroatiens (und eigentlich auch Serbiens)

interessiert, unterstützt die von Frankreich initiierte „Mittelmeerpartnerschaft“, den „EU-Lateinamerika Summit“, möchte einen „EU-Israel Summit“ organisieren, dann auch einen „EU-Palästina Summit“ und bemüht sich weiterhin darum, Präsident **Obama** vor oder nach dem NATO Gipfel in Straßburg-Kehl Anfang April in Prag – und nicht in Brüssel – als Gast zu haben. Schließlich steht auch ein „EU-Russland Gipfel“ auf der Agenda, dessen Leitung man geneigt ist, Präsident **Václav Klaus** angesichts dessen großer Russland-Begeisterung zu überlassen. Die Europawahlen sind bisher überhaupt nicht im Blickfeld der Öffentlichkeit, obgleich diese zweifellos beträchtlichen Einfluss auf die Präsidentschaft haben werden. Lediglich das Interesse an der Besetzung einer außenpolitischen Position in der zukünftigen Kommission wurde bereits artikuliert.

Politik und Öffentlichkeit schwanken in der Einschätzung der EU Präsidentschaft zwischen einer Überbewertung der eigenen Möglichkeiten – diese sind durch das 18-Monate Programm der „Trio-Präsidentschaft“ mit Frankreich und Schweden sowie das Generalsekretariat in Brüssel eingebunden - und der kritisch-resignativen Position, dass ohnehin alles von „Brüssel“ und den „Großen“ bestimmt werde. Wie erwartet, gewinnen tagespolitische Probleme Übergewicht und neben „Gas“ und „Gaza“ wird der Kampf gegen die globale Wirtschaftskrise dominieren, mit sehr begrenzten Möglichkeiten für die tschechische Regierung. **Topolánek** hat in den Verhandlungen mit Russland und der Ukraine seine Rolle wahrgenommen und die Spaltung der Europäischen Union in der Israel-Hamas Frage überfordert(e) nicht nur den tschechischen Außenminister **Schwarzenberg**.

### **Können wir weitere Impulse für die Stärkung der sozialen Dimension in Europa erwarten?**

Von einer Regierung, deren Ministerpräsident sich öffentlich (2007) für die „Überwindung des europäischen Sozialstaates“ aussprach, sind hier keine Initiativen zu erwarten. Obgleich sie in den Wahlen und der öffentlichen Meinung auch wegen ihrer neoliberalen Reformpolitik abgestraft wurde, stellt sich die Regierung gegenüber einem „sozialen Europa“ eher verzögernd oder blockierend. Die sozialpartnerschaftlichen, tripartiten Gremien werden allenfalls formal und häufig mit einem eher aggressiven Grundton wahrgenommen. Es gab keine Bereitschaft, wirtschafts- und sozialpolitische Initiativen der EU Präsidentschaft mit den Sozialpartnern, besonders den Gewerkschaften, abzustimmen. Entsprechend einer liberalen Interpretation der „Lissabon Agenda“ setzt die Präsidentschaft auf die Entwicklung des Humankapitals, die „Freisetzung der Reserven des Binnenmarktes“ und den weiteren Abbau von „regulatorischen und administrativen Hindernissen“ und betont im Kapitel „Beschäftigung und Sozialpolitik“ die „freie Mobilität der Arbeiter“, „zunehmende Flexibilität des Arbeitsmarktes“ und die Verbindung von beschäftigungs- politischen Impulsen und sozialen Leistungen für Risikogruppen.

### **Welche Initiativen dürfen wir, angesichts der innenpolitischen Auseinandersetzungen, zum Vertrag von Lissabon erwarten?**

Auf der parlamentarischen Ebene, in Abgeordnetenhaus und Senat, ist die Weiterbehandlung des Ratifizierungsverfahrens für Anfang Februar terminiert. Das weitere Verfahren wird stark von innerparteilichen Prozessen in der ODS (weiterhin unter beträchtlichem Einfluss des Präsidenten) und erfolgreichen Verhandlungen zwischen Regierung und der sozialdemokratischen Opposition abhängig sein. **Topolánek** hat den Lissabon Vertrag unterzeichnet, aber es sieht ihn im Kern als notwendiges Übel, das man im politischen Geben und Nehmen schlucken muss, nicht aber als positiven Schritt in der Ver-

besserung der politischen Entscheidungsprozesse und der demokratischen Beteiligung. Weiterhin versucht er, die Zustimmung der ODS zum Lissabon Vertrag von der Zustimmung der Sozialdemokraten zum bilateralen Vertrag mit den USA über Radar und Raketenabwehr abhängig zu machen. Für ihn hat dieser Vertrag eindeutigen politischen Vorrang – obgleich keineswegs gesichert ist, dass die Obama-Administration das Raketenabwehrprogramm mit dem gleichen Nachdruck weiter verfolgen wird. Die Regierung sieht sich nicht unter Zugzwang, sondern verweist auf die Notwendigkeit einer erneuten, positiven Entscheidung in Irland. Die Regierung hat die Entscheidung des EU Rates im Dezember, Irland entgegenzukommen und weiterhin allen Mitgliedsstaaten in Abweichung vom Lissabon Vertrag Kommissare zuzugestehen, mitgetragen, aber weitere Initiativen sind derzeit nicht erkennbar. Das Programm der Präsidentschaft unterstreicht allgemein die Bedeutung der institutionellen Reformen und der Ratifizierung des Vertrages für die Funktionsfähigkeit der Union und setzt den Focus auf konkrete Lösungen für die Bedenken der Iren. Während alle politischen Besucher die Bedeutung des Lissabon Vertrages für die gemeinsame politische Handlungsfähigkeit der EU bekräftigen und auch die Regierung die begrenzten außenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten beklagt, wurde etwa von den Spitzen des Europaparlamentes **Hans-Gert Pöttering** (CDU) und **Martin Schulz** (SPD) auf weiteren Druck verzichtet und eine Ratifizierungsperspektive für den Frühherbst als realistisch und wünschenswert eingeschätzt. Die Kritik von Staatspräsident **Klaus** an der Ratsentscheidung vom Dezember, die er als Beleg für den Vorrang politischer Kompromisse über Rechtspositionen ansieht und als Ausdruck machtorientierter Flexibilität, ist nicht ganz von der Hand zu weisen, wie insgesamt noch offen ist, wie der Lissabon Vertrag mit seinen neuen Führungsfunktionen in der Praxis funktionieren wird. Aber eine Vermutung könnte gelten: **Vaclav Klaus** würde den Lissabon Vertrag anders einschätzen, hätte er die Chance, eine der Spitzenpositionen zu übernehmen: Das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates (für 2 ½ Jahre gewählt) oder des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. Erstmals eröffnet der Vertrag aber auch die Möglichkeit einer anderen Perspektive: Die des Austritts!